



SCHUTZSUCHENDER SPRENGGLÄUBIGER

Sachsen: Somalier trainiert mit Sprengstoffgürtel – kein Problem

Von JOHANNES DANIELS | Während sich die „Volksvertreter der Systemparteien“ mit neuen Aufnahmezahlen der brandschatzenden „Schutzsuchenden“ aus Lesbos, Samos und weiteren EU-Aufnahmeeinrichtungen gegenseitig überbieten und so der konzertierten Erpressung von NGOs, der milliardenschweren Asylindustrie und Kriminellen klein begeben, stellen sich die deutschen „Sicherheitsbehörden“ in diesem exemplarischen Fall als eher machtlos oder unzuständig dar: Seit geraumer Zeit lebt ein Somalier – ausgebildetes Mitglied der Terrororganisation „Al Shabaab“ und nach eigenen Aussagen mit der Herstellung von Sprengstoffgürteln bestens vertraut – wohlbehütet in der 24.000-Einwohner-Stadt Döbeln in Mittelsachsen.

Bereits als 14-Jähriger wurde der Somalier Omar zum Selbstmord-Attentäter ausgebildet, mit 16 kam er nach Deutschland und befindet sich seit drei Jahren im Terroristenparadies Germoney. Der heute 19-Jährige kam im August 2017 nach Sachsen und lebt aktuell in einem Asylheim in Döbeln. Am 10. April 2018 erklärte er bei einer Anhörung durch

das BAMF, dass er 2015 – mit 14 Jahren – im somalischen Ausbildungslager „Al Shabaab“ trainiert wurde – „im Umgang mit Sprengstoffgürteln, um ein Attentat zu begehen“, erläutert ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft in Dresden.

Erst im April 2020 – zwei Jahre später – schaltete sich das Landeskriminalamt der guten Ordnung halber ein – obwohl die islamische Miliz „Al-Shabab“ seit 2006 hunderte brutale Anschläge und Morde in Ostafrika verübte.

Sprengstoff-MUFL: „Mindere Bedeutung“

Der kuriose, aber für die deutsche Asylpolitik exemplarische Sachverhalt wurde durch eine kleine Anfrage des sächsischen AfD-Abgeordneten Dr. Rolf Weigand öffentlich. Denn die deutschen Sicherheitsbehörden halten den sprenggläubigen Terror-„Schützling“ offenbar für ziemlich „ungefährlich“. Im Juli wurde das Verfahren vom Generalbundesanwalt wegen „minderer Bedeutung“ an die Generalstaatsanwaltschaft Sachsen abgegeben.

In der Antwort auf die kleine Anfrage von Weigand (Drucksache 7/3553) musste der sächsische Innenminister Roland Wöllner, CDU, zugeben, dass mutmaßliche IS-Terroristen seit 2015 ungehindert nach Mittelsachsen importiert worden waren und nun in Freiberg und Döbeln gut und von der deutschen Justiz ungestört leben. Neben einem bereits bekannten Fall vom Juli 2020 räumte Wöllner zudem ein, dass es weitere Terrorverdächtige in Mittelsachsen gibt, die in einem IS-Ausbildungslager trainiert worden sind.

Weigand steckt den Finger weiter in offene Relocation-Industrie-Wunde:

„Es beunruhigt mich, dass allein im Landkreis Mittelsachsen mehrere mutmaßliche Unterstützer der Terrororganisation des Islamischen Staats in Freiberg und Döbeln leben. Wohlgemerkt: Das sind nur die bekannten Fälle. Viel problematischer sind hingegen jene Schläfer, die dank offener Grenzen nach

Deutschland einwandern konnten und nun auf den richtigen Moment für einen Anschlag warten, ohne ins Visier der Sicherheitsbehörden zu geraten. Nennt man das Freiberg für alle? So etwas will ich nicht.

Die AfD hat seit 2015 immer wieder davor gewarnt, dass aufgrund fehlender Grenzkontrollen Terroristen bei der Einreise leichtes Spiel haben. Laut Medienberichten bestätigte diese Befürchtung auch der Bundesnachrichtendienst. Der ehemalige CDU-Innenminister Thomas de Maizière behauptete indes damals, es gebe keine Hinweise auf Terroristen unter den ‚Flüchtlingsen‘.

Schon der Fall Dschaber al-Bakr belegte im Herbst 2016 das Gegenteil. Der in Chemnitz lebende Syrer hatte bereits mit Vorbereitungen für einen größeren Anschlag begonnen. Diese Gefahr können wir nur mit höchster Wachsamkeit unterbinden.

Bedenklich ist deshalb, dass der syrische IS-Unterstützer, nach dem ich mich erkundigt habe, 2015 ungehindert einreisen konnte und kurz darauf als Flüchtling anerkannt wurde. Anscheinend haben hier alle Kontrollmechanismen versagt. Solchen Personen gehört der Flüchtlingsstatus sofort aberkannt. Terroristen dürfen kein Schutzrecht erhalten und müssen sofort abgeschoben werden.“

Die deutschen Verschleierungsmedien halten sich wie immer bedeckt. Lediglich die BILD und die Leipziger Volkszeitung berichten „regional“. Selbstverständlich hinter der Bezahlschranke. Es könnte ja die geschundenen Steuerzahler in Deutschland „verunsichern“.